

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

April
2017

EDITORIAL



von Silvio Lang

Der nötige Druck

90% unserer Neumitglieder in Sachsen befürworten eine linke Regierungsbeteiligung, sagt die neueste Mitgliederstudie. Wir liegen mit der Stadtratskooperation also voll im Trend. Wie wohl die Mitglieder der SPD zu der Frage stehen?

Katja Kipping äußert sich in ihrem Titelartikel zum Schulz-Hype, der offensichtlich auch bei einigen in der SPD-Dresden solch einen Auftrieb zu suggerieren scheint, dass sie die Machtfrage in der Kooperation stellen. Mir fällt zumindest kein anderer Grund ein, warum die SPD sich im Stadtrat bis kurz vor Ultimo mit einem Antrag – getragen zusammen mit der versammelten politischen Rechten – gegen die zentralen Vereinbarungen zur WOBA-Gründung gestellt hat. Am Ende bleibt zwar der erfolgreiche Gründungsbeschluss, aber kein gutes Bild von der Kooperation.

Wir haben als Stadtspitze darauf mit dem Euch bekannten Brief an die SPD reagiert. Weil wir der Verantwortung für die Stadt in der Kooperation mit SPD, Grünen und Piraten bis 2019 gerecht werden wollen. Welchen Verantwortungsbegriff die SPD pflegt, kann sie nun auf allen Ebenen beweisen. Im Bundestag gibt es die linke Mehrheit für viele Forderungen von Schulz längst – noch vor der Bundestagswahl könnten zentrale Forderungen umgesetzt sein.

In Dresden muss die SPD mit sich selbst klären, ob sie überhaupt weiter Interesse an einer linken Kooperationsmehrheit hat.

Für unsere Partei bleibt richtig: Eine linke Politik der SPD wird es nur geben, wenn es Druck von LINKS gibt. Der Schulz-Hype ist letztlich auch der Hype eines Linksrucks in der SPD nach über 10 Jahren neoliberaler Agenda. Dieser Druck kann in Kooperationen oder gar Koalitionen ausgeübt werden oder aus der Opposition und von der Straße kommen. Nötig aber bleibt er!

silvio.lang@dielinke-dresden.de

Kein Schulz-Zug ohne Weichenstellung!

von Katja Kipping

Ein wenig kann man sie ja verstehen, jene 100%, mit denen Martin Schulz zum neuen Parteivorsitzenden der SPD gewählt wurde und gleich darauf per Akklamation zum Kanzlerkandidaten. Der Leidensdruck in der Mitgliedschaft war in den letzten Jahren – eigentlich fast schon zwei Jahrzehnten – doch erheblich gewachsen. Erst Schröders Agenda-Politik und später zwei Große Koalitionen, in denen sich die SPD bis zur völligen Konturlosigkeit verschlissen hat, haben die Mitgliedschaft nicht nur drastisch verringert, sondern auch zutiefst verunsichert. Für sie ist Martin Schulz eine Projektionsfläche für ihren tiefen Wunsch nach einem sozialen Aufbruch, so wie er für viele Menschen Ausdruck des Wunsches nach einer Alternative zu Merkel ist, die nicht rechts von ihr steht.

Wirklich mehr als verständlich. Aber auch vernünftig? 100% bedeuten eben auch, dass Nachfragen im Moment keine Rolle spielen – und das ist immer bedenklich, da aus solchen Momenten schnell Jahre werden. Und wer sich an fehlenden Gegenwind gewöhnt, läuft irgendwann Gefahr, die Ruhe vor dem Sturm nicht zu bemerken. Was wir über Martin Schulz wissen, ist, welche Rolle er in den letzten Jahren als Präsident des Europäischen Parlaments gespielt hat.

Emissär der Reichen

Wir wissen, Martin Schulz war im EP Manager der Großen Koalition zwischen Sozialdemokratie und Konservativen. Wir wissen, Martin Schulz hat in der Vergangenheit nichts dagegen unternehmen, dass in der Auseinandersetzung mit der Troika-Politik die europäische Sozialdemokratie ein Totalausfall war. Ganz im Gegenteil, er hat fleißig mitgemacht, beim Kesseltreiben gegen Griechenland. Er war quasi der Sachwalter der unsozialen und undemokratischen Austeritätspolitik der EU gegen die verarmten Länder an deren Peripherie. Martin Schulz war – man kann es nicht anders sagen – ein überaus williger Emissär von Schäuble und Merkel im Straßburger Parlament. Als übliche Steuerdeals von Jean-Claude Juncker ans Licht kamen, hat er Juncker den Rücken freigehalten, als er 2015 einen Unter-

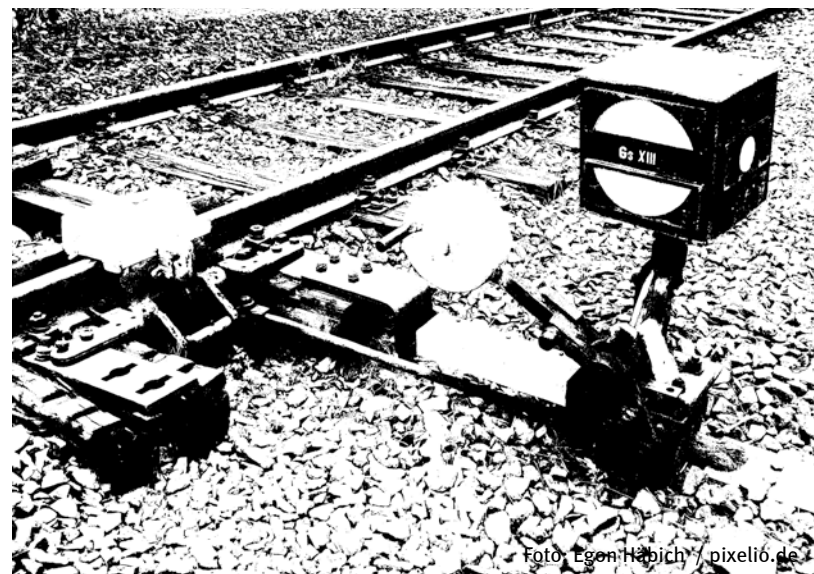


Foto: Egon Häbich / pixelio.de

suchungsausschuss blockierte, der die Steuerhinterziehungsaffäre des Großherzogtums Luxemburg nach den so genannten Lux-Leaks aufklären sollte.

Und auch als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit ist Martin Schulz bislang nicht aufgefallen. Weder im SPD-Vorstand und dessen Präsidium, in dem er seit 1999 alles an Demontage der Sozialsysteme mittrug, was auf das Konto der SPD ging, noch im Europaparlament, wo er z.B. die Einrichtung einer nationalen Stelle pro Mitgliedsstaat empfahl, welche beobachten soll, ob die Lohnentwicklung „entsprechend der Produktivität erfolgt“. Berichte dieser Stellen sollten „bei Tarifverhandlungen als Richtschnur zugrunde liegen“. Mit anderen Worten: Die Tarifautonomie der Gewerkschaften schwächen. Entsprechend „begeistert“ zeigten sich die Gewerkschaften denn auch.

Wirklichen Wechsel gibt es nur mit der LINKEN

Und trotzdem: Die Wechselstimmung, der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit bringt eine Dynamik in den Wahlkampf. Eine Dynamik, die nicht nur spannend, sondern auch für uns ermutigend ist. Denn es kann dieses Land voranbringen, wenn wieder mehr über soziale Gerechtigkeit diskutiert wird. Wir stehen als LINKE dafür als Partner zur Verfügung. Allerdings müsste sich Martin Schulz entscheiden: Will er Kosmetiker

werden oder Kanzler eines echten Politikwechsels, Kanzler einer menschlich-sozialen Wende? Was er da bislang an Korrekturen angekündigt hat, wirkt wie Puder auf der neoliberalen Fratze der Agenda 2010. Eine wirkliche Aufkündigung von Hartz IV sieht anders aus.

Wir als LINKE sagen hingegen klar:

Schluss mit den menschenunwürdigen Hartz-IV-Sanktionen! Schluss mit ellenlangen Antragsprozeduren für kleine Zuschüsse für Kinder! Für Zuschüsse, die in einem so reichen Land zum Standard gehören sollten! Schluss mit den unsäglichen „Bedarfsgemeinschaften“! Schluss mit Sozialschnüffelei und dem Durchleuchten der Privatsphäre! Arbeitslosigkeit ist kein Verbrechen!

Und wir bleiben nicht dabei stehen, Hartz IV und Agenda 2010 zu beenden. Nein, wir verbinden das mit dem Einsatz für gute Arbeit und soziale Garantien für alle, für eine Gesellschaft, in der keiner zurückgelassen wird. Für ein Deutschland, das Nein zu Krieg und Rüstungsexporte sagt.



MaB Katja Kipping
ist Bundesvorsitzende
von DIE LINKE

Die europäische Linke – Fragen über Fragen. Und ein wenig Hoffnung.

von Martin Schirdewan

Neulich in London. Die Labour-Linke um Jeremy Corbyn sucht ein Rezept, die a) aktuelle eigene Wählerschaft (jung, gebildet, urban) mit der – man kann schon fast sagen – b) ehemaligen angestammten Wählerklientel (Arbeiter*innenmilieu, niedriges Einkommen, pro-Brexit) zusammenzubringen. Man analysiere jetzt die Sprache von Leuten wie Donald Trump und Nigel Farage, die so erfolgreich in der Ansprache der angry white woman und des angry white man sind. Kurze Sätze, Worte mit wenigen Silben, keine Fremdwörter. Bringe man a) und b) nicht erfolgreich zusammen, gewinne man keine Wahlen mehr. Neulich in Lissabon. Zwei kleinere linke Parteien, der Bloquo de Esquerda und die Portugiesische Kommunistische Partei, tolerieren die sozialistische Regierung. Ihr wollt regieren und benötigt dafür unsere Unterstützung? Okay. Das kostet euch eine Abkehr von der Austeritätspolitik und Investitionen des Staates. Deal? Deal.

Neulich in Madrid. Das Projekt Sorpasso, das Überholen der Sozialistischen Partei Spaniens durch eine Stimmenmehrheit beider mit einer Wahlliste „Unidos Podemos“ gemeinsam zur Wahl antretenden linken Parteien, der Izquierda Unida und Podemos, ist erstmal gescheitert. Die Konservativen regieren weiterhin das Land. Ein Mitte-Linksbündnis kam nicht zustande, später scheiterte man an der eigenen Schwäche und an internen Konflikten. Vor allem Podemos hat mit einem fulminanten Machtkampf, den der linke Flügel um Frontfigur Pablo Iglesias auf dem letzten Parteitag im Februar klar für sich entscheiden konnte, von sich reden gemacht. Ein Machtkampf, bei dem es tatsächlich um die strategische Ausrichtung der Partei ging. Wollen wir durch ein weiteres Zusammengehen mit der Izquierda Unida ein starkes Linksbündnis, eine neue radikale Linke in Spanien begründen, die stark genug wird, die Sozialisten zu überholen, vielleicht sogar zu marginalisieren? Oder wollen wir den von den Sozialisten und den vom politischen System insgesamt enttäuschten Wählerinnen und Wähler ein moderneres politisches Angebot unterbreiten und unser eigenes Profil in Rich-



Collage des berühmten Gemäldes „Le 28 juillet 1830 : la Liberté guidant“ (Der 28. Juli oder die Freiheit führt das Volk) von Eugène Delacroix

tung Mitte-Links bewegen? Mitte-links oder links? Wer sind wir eigentlich...?

Wie also geht's der europäischen Linken eigentlich im Nachkriseneuropa? In einer EU, in der die politische Antwort auf die ökonomischen und sozialen Folgen zunehmend erfolgreich von rechtsaußen formuliert wird. Die von Zerfallsszenarien bedroht wird, der ihre Idee und vielleicht sogar der Seinsgrund verloren gegangen ist?

Mal so, mal so. Licht und Schatten liegen eng beieinander. Aber die gewählten Beispiele zeigen: die europäische Linke muss sich einerseits Fragen nach ihrer strategischen Ausrichtung und ihrer gesellschaftlichen Rolle stellen. Sie darf und wird an ihrem Verhältnis zu einer sozialdemokratischen / sozialistischen Parteienfamilie, die mittlerweile durch ihre mehrheitlich neoliberale Wandlung vor 20 Jahren ebenfalls massiv in eine Sinnkrise gestürzt ist, arbeiten müssen. Und sie sollte vornehmlich an dem scheinbar unauflösbaren Widerspruch arbeiten, ihre klassische Arbeiterklientel mit einer erneuerten Agenda in einer sich permanent in rasantem Wandel befindlichen Welt mit ihrer neuen Anhängerschaft zu versöhnen und in einem gemeinsamen Projekt zusammenzubringen.

Hat sie denn die sogenannten Abgehängten vergessen, oder weshalb ist die Rechte gerade hier so stark? Nein, aber das britische Beispiel zeigt, ebenso wie die Wahlerfolge der LINKEN in städtischen Zentren, dass sich die linke Wählerschaft im Wandel befindet. Vielleicht kann gesagt werden, dass zwei linke Elektorate existieren. Ein traditionelles, lebensweltlich und kulturell in der Arbeiterklasse verwurzelt, und ein eher links-progressives, oft studentisch, oft intellektuell, oft im postmodernen Wertesystem verwurzelt; ein hippestes Bürgertum. Vielleicht ist bei der Freude über das neu entstehende Elektorat und der linken progressiven Freude über gesellschaftlichen Fortschritt manchmal etwas aus den Augen geraten, dass jeder Wandel eben auch sogenannte Verlierer produziert. Dass der Wandel in der Arbeitswelt und in den Produktivkräften diese Verlierer hauptsächlich in der traditionellen Arbeiterschicht produziert, ist keine wirkliche Überraschung. Schon eher überraschend ist, dass es offenkundig an der Sprache fehlt, diese Verlierer weiterhin vom „System“ zu überzeugen – und vom Mitspielen darin. Wenn gerade eine politische Formation europaweit deutlich macht, dass sie eine leicht verständliche Sprache spricht, die Dinge auf den Punkt bringt, dann ist es derzeit die Rechte. Ob das blöde Zeug, das die erzählen, nun stimmt oder nicht, spielt in postfaktischen Zeiten kaum eine Rolle. Die emotionale Ansprache scheint zu funktionieren.

Funktioniert also auch ein linker Populismus? Ganz ehrlich, eigentlich ist die Debatte müßig. Natürlich funktioniert er dort, wo das entsprechende politische und gesellschaftlich-kulturelle Umfeld existiert. Natürlich kann man unter the-

oretischer Bezugnahme auf Laclau und Mouffe angesichts der schreienden Not in Spanien erfolgreich gegen „la casta“, gegen die Kaste, mobilisieren. Die Leute waren doch schon mobilisiert und bereit, sich zu wehren. Erst die Platzbesetzungen, erst die Massendemos, dann Podemos. Punkt, aus, Wahlerfolg.

Könnte man aber die gleiche Geschichte willkürlich an einem anderen Ort erfolgreich erzählen? Sagen wir, in einer eher trägen Gesellschaft, nicht massenmobilisiert gegen das Unrecht der Welt auf die Straße gehend?

Dass die (europäische) Linke sowohl die Form (und dazu zählt auch die Sprache) als auch den Inhalt ständig angesichts der realen gesellschaftlichen Entwicklungen und der Entstehung neuer Milieus kritisch prüfen (heißt, sich prüfen) und gegebenenfalls weiterentwickeln (heißt, sich weiterentwickeln) muss, steht außer Frage. Das Superwahljahr 2017 hat begonnen. In den Niederlanden hat eine rechtsliberale Partei sich gegen die Rechtspopulisten durchgesetzt. Der Kampf der Neoliberalen gegen die Rechte um die Hegemonie wird seit einiger Zeit ausgefochten. Nicht nur in Europa. Brexit, Trump, Hofer oder von der Bellén gleich doppelt, jetzt Wilders gegen den Rest der Niederlande und bald Frankreich, Le Pen oder Macron/Fillon/...

Die europäische Linke nimmt bislang in dieser entscheidenden Konfliktsituation nur zu selten an den Kämpfen um die politische Macht teil. Aber wenn sie dem Neoliberalismus und der europäischen Rechten etwas entgegensetzen will – und das ist ihre Aufgabe! – dann sollte sie oben aufgeworfene Fragen bald beantworten.



Nach dem Machtkampf im Februar: Pablo Iglesias

Foto: elmadrieno.cflab.fr



Martin Schirdewan ist Büroleiter des Europabüros Brüssel_Athen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Zwischen Schulz-Euphorie und Saar-Realität

Der ernüchternde Wahlauftakt 2017

von Jens Matthis

Aufmerksame Leser*innen dieser Zeitung erinnern sich vielleicht noch an meinen Beitrag zu den 2016er Landtagswahlen im Oktober vergangenen Jahres. Was ich damals konstatieren musste, war ein allgemeiner Rechtsruck bei allen Landtagswahlen. Das politische Spektrum links der virtuellen Mitte (DIE LINKE, Grüne, SPD, Piraten) verlor insgesamt bei allen Wahlen an Stimmen, mal mehr, mal weniger. Innerhalb des linken Spektrums gab es von Land zu Land unterschiedliche Verschiebungen, in Berlin zugunsten, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zulasten der LINKEN.

Demgegenüber konnte das Spektrum rechts der Mitte (CDU, FDP, AfD, NPD) überall kräftig zulegen, vor allen durch die Mobilisierung vormaliger Nichtwähler*innen. Davon profitierte in allererster Linie die AfD, im geringeren Umfang die allmählich wieder erstarrende FDP, während die CDU stagnierte oder leicht verlor. Meine Schlussfolgerung war damals, dass angesichts dieses Rechtsruckes eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene unwahrscheinlicher den je erscheint. Am Ende stand damals meine Fragestellung, ob das Bekenntnis zu Rot-Rot-Grün im Wahlkampf eher nützen oder eher schaden würde.

Doch mit Beginn des Jahres 2017 schien sich alles zu verändern. Über einen Zeitraum von zweieinhalb Monaten zelebrierte die SPD den Stabwechsel in ihrer Führung. Mit Martin Schulz übernahm das zwar dienstälteste, aber zugleich am wenigsten durch die SPD-Politik belastete Präsidiumsmitglied den Vorsitz der Partei und entfachte damit eine eher ungewöhnliche mediale Euphorisierung, die der SPD nicht nur zahlreiche neue Mitglieder bescherte, sondern auch ein Ansteigen der Wahlumfragewerte von etwas über 20% auf um die 30%. Die Frage war also, wie sich dieser überraschende, zunächst rein virtuelle Bundestrend bei den realen Landtagswahlen auswirken würde. Insofern war das kleine Saarland ein erster Test.

Trotz der großen Beliebtheit der CDU-Ministerpräsidentin wurde im Vorfeld über einen Wechsel von der Großen Koalition zu Rot-Rot-Grün oder gar zu Rot-Rot spekuliert. Umfragen schienen das zumindest in den Bereich des Möglichen zu rücken. Umso ernüchternder waren die tatsächlichen Wahlergebnisse. Der allgemeine Rechtstrend scheint sich fortzusetzen. Wiederum konnten bei gesteigerter Wahlbeteiligung alle relevanten Parteien rechts der Mitte Stimmen gewinnen. Die AfD gewann wie bereits bei den vorhergehenden Landtagswahlen vor allem Stimmen von vormaligen Nichtwähler*innen und von den „sonstigen Parteien“, im Unterschied zu den 2016er Landtagswahlen jedoch kaum von der CDU. Auch die FDP konnte, wenn auch auf niedrigem Niveau, weit unter der 5%-Hürde sehr deutlich hinzugewinnen. Die eigentliche

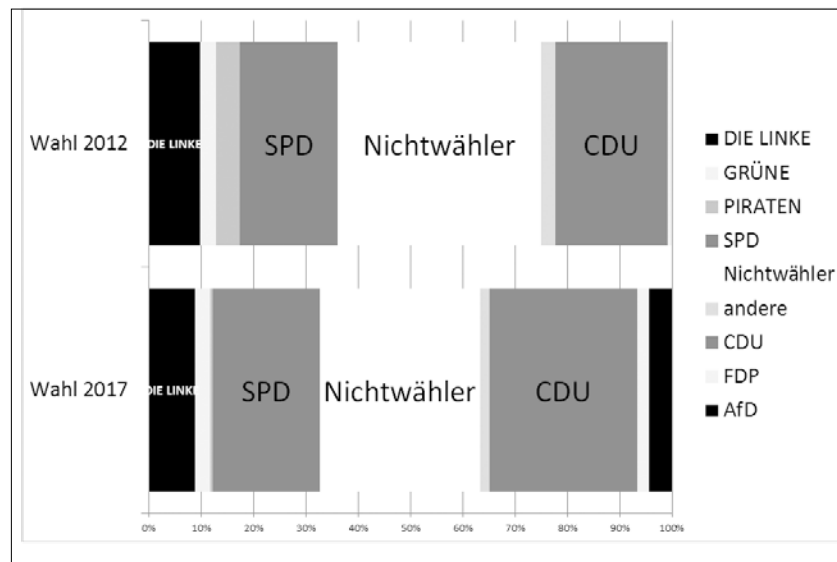
Wahlgewinnerin ist jedoch die CDU. Dies wurde in der Kommentierung vor allem auf die Beliebtheit der Ministerpräsidentin zurückgeführt. Ob es aber tatsächlich an dieser saarländischen Besonderheit liegt, oder ob im Wahljahr 2017 konservative Wähler*innen von der durch innere Turbulenzen gezeichneten AfD zur „solideren“ CDU zurückkehren, bleibt abzuwarten. Darauf werden die nächsten Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen eine Antwort geben, denn dort startet die CDU aus der Oppositionsrolle.

Das politisch linke Spektrum hat hingegen leider wieder deutlich an Unterstützung verloren. Trotz „Schulz-Effekt“ konnte die SPD im Saldo nur rund 10.000 Stimmen hinzugewinnen, was angesichts der gestiegenen Wahlbeteiligung faktisch eine Stagnation ist. Grüne und LINKE hingegen verloren recht deutlich an Stimmen, hauptsächlich an die SPD, aber auch an die CDU.

Für die Grünen bedeutete dies das vorläufige Landtags-Aus. Nicht zu Unrecht ist von Katja Kipping darauf hingewiesen wurde, dass ein Prozent mehr für die Grünen tatsächlich eine rot-rot-grüne Mehrheit ermöglicht und damit eine ganz andere Nachwahldiskussion ausgelöst hätte. Eine tatsächliche Wählermehrheit für eine solche Konstellation wäre das aber auch nicht gewesen. Schließlich sind nicht nur die Grünen-Stimmen, sondern auch mehr als 3% FDP-Stimmen bei der Berechnung der Mandate unter den Tisch gefallen.

Absolut noch größer war der Verlust der LINKEN. Auch wenn das glücklicherweise medial nicht so widerspiegelt wurde, war die LINKE unter den verbliebenen Parteien der größte Verlierer: Ein Rückgang von 16,1% auf 12,9% und der Verlust von fast 10.000 Stimmen und zwei Mandaten. Noch härter traf es nur die ebenfalls zur linken Seite gezählten Piraten, die von über 7% auf 0,7% gefallen sind.

Nun hat DIE LINKE im Saarland bereits bei den letzten Wahlen einen vergleichbaren Rückgang zu verzeichnen, freilich auf einem verglichen mit anderen westlichen Bundesländern hohen Niveau. Hier läuft offensichtlich ein längerer Prozess, gestartet ist DIE LINKE im Saarland als „USPD“ bzw. als „linkere SPD“. Oskar Lafontaine war unter saarländischen SPD-Mitgliedern und -Wählern weitaus populärer als das jeweils aktuelle SPD-Spitzenpersonal. Dieser Effekt wirkt immer noch erheblich nach, wird freilich bei jeder Wahl mit dem Wechsel der Jahrgänge in der Wählerschaft etwas schwächer. In zehn Jahren wird sich das LINKE-Ergebnis an der Saar vermutlich nicht mehr allzu stark vom LINKE-Ergebnis in Nordrhein-Westfalen unterscheiden, womit freilich noch nichts über die dann zu erwartende Höhe dieses Ergebnisses ausgesagt ist.



Ob freilich die Strategie der verantwortlichen Genoss*innen, das immer noch zweistellige LINKE-Ergebnis als Erfolg zu verkaufen, wirklich bei den nachfolgenden Wahlkämpfen hilfreich ist, bezweifle ich stark, ohne es beweisen zu können.

Insgesamt muss man mit Blick auf die Bundestagswahl konstatieren:

1. Die AfD-Erfolge fallen nicht mehr so hoch aus, was freilich am allgemeinen Rechtstrend nichts ändert. Neben der AfD profitieren von diesem Trend jetzt ebenfalls CDU und FDP. Ähnliches konnte man übrigens vor drei Wochen auch jenseits der deutschen Grenzen in der Niederlande beobachten, wo das niederländische AfD-Pendant PVV weniger stark als erwartet gewann, aber die „bürgerlichen Parteien“ VVD, CDA und Demokraten66 (vergleichbar mit CDU/CSU und FDP) überragende Wahlergebnisse erzielten, während die linken Parteien in der Summe gewaltig einbrachen.
2. Der Schulz-Hype hat allerdings dazu geführt, dass die SPD einen größeren Anteil der potentiell linken Wählerschaft an sich binden kann, was neben dem Untergang der Piraten auch zu Rückgängen bei LINKEN und Grünen sorgt. Das wird eine große Herausforderung für DIE LINKE im Bundestagswahlkampf, der sich mit Martin Schulz wohl anders gestalten wird als vor der Bundestagswahl 2009, als die damalige Große Koalition zu schlimmsten Verlusten der SPD verbunden mit dem größten Wahlerfolg der LINKEN führte. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass Martin Schulz, der ohne jede unmittelbare Verantwortung in der Großen Koalition ist, einen imaginierten Oppositionswahlkampf führen wird.

3. Für die Zukunft der LINKEN ist das zweistellige Ergebnis an der Saar letztlich weniger bedeutend als die Frage, ob es der LINKEN gelingt, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die 5%-Hürde zu überwinden und in die Landtage zurückzukehren.

4. Anders als vor einem halben Jahr gibt es heute wieder Wahlumfragen, bei denen eine rot-rot-grüne Mehrheit im Bundestag als möglich erscheint. Jedoch zeigt die Saarland-Wahl, dass die Schulz-Euphorie bei Wahlumfragen stärker durchschlägt als bei tatsächlichen Urnengängen. Die LINKE wäre deshalb gut beraten, wahlstrategisch nicht einseitig auf die rot-rot-grüne Option zu setzen, und schon gar nicht vorgezogene Koalitionsverhandlungen zu führen und mögliche Kompromisse mit SPD und Grünen öffentlich zu diskutieren. Wer abstrakt nur den Wechsel will, wird sich sicher von der Schulz-Euphorie anstecken lassen und höchstwahrscheinlich die SPD wählen. Einer Wahl der LINKEN müssten zwingend (auch) andere Motive zugrunde liegen, seien es originär linke Wahlaussagen, sei es der stärker oppositionelle Gestus der LINKEN oder sei es auch nur das Misstrauen gegenüber der Glaubwürdigkeit der SPD.

Zum Schluss noch ein Detail, bei dem wir alle noch etwas von Oskar Lafontaine lernen können. Es mochte mitunter fast schon aufdringlich wirken, dass er in jeder Gesprächsrunde, egal ob es gerade inhaltlich passte oder nicht, gebetsmühlenartig wiederholte, dass der deutsche Durchschnittsrentner ca. 800 Euro weniger bekommt als der Durchschnittsrentner in Österreich. ABER: Fast jede/r politische Interessierte weiß jetzt, dass es so ist und die Kritik daran ist im Gedächtnis fest mit Oskar Lafontaine und mit der LINKEN verbunden.



Jens Matthis ist Vorsitzender von DIE LINKE. Dresden

Solidarität!
αλληλεγγύη
Solidarité

1. Mai

Picknick im Alaunpark | 10-16 Uhr

Basiskonferenz: Wahlkampf 2017

Liebe Genossinnen und Genossen, im September wird der 19. Bundestag gewählt. Viele prophezeien bereits einen der härtesten Wahlkämpfe voraus. Davon wollen wir uns aber nicht entmutigen lassen, sondern wollen gemeinsam in einen kreativen und kämpferischen Wahlkampf starten. Am 6.4 wollen wir gemeinsam mit unseren Direktkandidat_innen Katja Kipping und Tilo Kießling über vergangene Wahlkämpfe debattieren, euch über bisher geplantes informieren und natürlich Ideen und Themen sammeln.

06. April 2017 | 18 Uhr
HdB | Großenhainer Str. 93

Gerade jetzt!

Am 1. Mai zum Familienfest in den Alaunpark



von Martin Hilbig und Magnus Hecht

Die Welt ist im letzten Jahr mächtig in Bewegung gekommen. Gegen den Wahlsieg Donald Trumps in den Vereinigten Staaten sind bereits an vielen Tagen Millionen Menschen auf die Straße gegangen. Und am 1. Mai könnte es einen landesweiten Streiktag für Arbeitnehmer_innenrechte, gegen Rassismus und Abschottung geben, wie ihn die USA nur selten erlebt haben. Vor Jahren war dies noch unvorstellbar. In Istanbul und anderen türkischen Städten werden trotz der massiven staatlichen Unterdrückung durch den Diktator in spe Erdogan die Menschen auf die Straße gehen, um die letzten Reste der laizistischen Demokratie in der Türkei zu verteidigen.

Und in Europa befinden wir uns gerade im Verteidigungskampf gegen die

erstarrenden nationalistischen Kräfte um all die Rechte und Freiheiten, welche gerade den einzelnen Menschen genutzt haben. Unter dem Deckmantel der Parole, angeblich „für das Volk“ einzutreten, möchten rechte Parteien den Schutz vor staatlicher Überwachung, kulturelle Vielfalt und Minderheitenrechte, Reisefreiheit und Arbeitnehmer_innenrechte schleifen, während Reiche entlastet und die Freiheit des Kapitals unangetastet bleiben sollen. In Deutschland beispielsweise versucht die AfD rechtspopulistische und rechtsradikale Positionen salonfähig zu machen.

„Gerade jetzt!“ lautet unser Motto als LINKE. Dresden zum 1. Mai 2017. Gerade jetzt rufen wir dazu auf, fremdenfeindlichen Parolen in den Medi-

en, auf der Straße oder am Arbeitsplatz zu widersprechen und die Themen zu stärken, welche die Rechten in den letzten Jahren so in Aufruhr versetzten: die Weltoffenheit, Willkommenskultur und die internationale Solidarität mit den Geflüchteten

„Gerade jetzt!“ können wir die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Deutschland so ändern, dass die Agenda 2010 endlich zurückgenommen und große Vermögen endlich zum Wohle aller ordentlich besteuert werden; und wo wir wieder kommunalen Wohnraum schaffen – wie wieder in Dresden – und nicht privatisieren. „Gerade jetzt!“ ruft dabei nicht gerade Martin Schulz, der seine kosmetischen Korrekturen an Hartz IV natürlich erst nach der Wahl verwirklichen möchte. Noch spürt er wohl nicht den Druck einer starken parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken.

Gerade jetzt sollten wir solidarisch sein mit den Kurd_innen, welche in Syrien und Irak dem Daesh (IS) entgegentreten und in der Türkei die pluralistische und multiethnische Gesellschaft verteidigen. Hierfür sollten wir für die Rücknahme der Verschärfungen des PKK-Verbots aus dem März und letzten Endes für das Ende des PKK-Verbots eintreten!

1. Mai - was ist geplant?



Foto: Uwe Schaarschmidt

von Kristin Hofmann

Am 1. Mai veranstalten wir wieder unser traditionelles Maifest auf dem Alaunplatz in der Dresdner Neustadt. Dort wird von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr mit einem bunten Bühnenprogramm, Kinderfest, unserem großzügigen Picknick, den Abgeordneten und Stadträten, vielen Informationsständen der Wahlkampf eingeläutet und der 1. Maifeiertag gemeinsam begangen.

Natürlich gibt es auch wieder eine Delegation, die sich am Schützenplatz beim DGB engagieren will. Dort wird auch in diesem Jahr Katja Kipping sprechen.

Eine Neuerung gibt es: es wird ein Auto-Shuttle zwischen dem Alaunplatz und dem Schützenplatz geben, welches mehrmals am Tag die interessierten Genoss*innen von A nach B bringen wird, damit man sich nicht für eine der beiden guten Veranstaltungen entscheiden muss. Ab 18 Uhr wird in der Schauburg

auf der Königsbrücker Straße der Film „der junge Karl Marx“ gezeigt. Der Eintritt ist für alle frei.

Im Anschluss an die Basiskonferenz, also am 6.4. ab ca. 20 Uhr, informiert Magnus Hecht von der AG Veranstaltungen über den weiteren Vorbereitungsstand des Festes und möchte mit allen, die sich an diesem Tag mit einer helfenden Hand einbringen wollen, in gemütlicher Runde ein paar Worte wechseln und eine Lagebesprechung machen.

Bitte meldet Euch, wenn ihr am 1. Mai helfen wollt, aber an dem Tag keine Zeit habt, einfach in der Stadtgeschäftsstelle an. Essensbeiträge für das Picknick sind wie in den letzten Jahren gern gesehen. Außerdem könnt ihr gern befreundete Vereine und Initiativen ansprechen, die sich ggf. an dem Tag vorstellen wollen auf dem Alaunplatz.

dielinke.
SDS
Sozialistisch-Demokratischer
Studierendenverband

Linke Hochschulgruppe wird wiederbelebt HSG reloaded

von Paul Hösler

Letztes Jahr sind aus hochschulpolitischer Perspektive viele Dinge passiert, die sowohl aus landesweiter als auch bundesweiter Sicht Auswirkungen auf die sächsischen Hochschulen haben werden. Allen voran sind, neben Hochschulentwicklungsplanung und Doppelhaushaltsbeschluss als grundsätzliche Finanzierungsstrukturen, die Fortführung der Exzellenzstrategie und eine fast schon unverschämte geringe BAföG-Erhöhung beschlossen worden, die auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 genügend Grundlage zur Diskussion bieten. Aus diesem Grund soll eine linke Hochschulgruppe in Dresden wieder reaktiviert werden. Ich möchte euch deswegen gern zum ersten Kennenlernen-Treffen am 06. April von 16:00 – 18:30 Uhr in die WIR AG einladen! Zusammen mit euch möchte ich Fragen zum grundsätzlichen Bestehen einer Hochschulgruppe klären. Dabei stehen Fragen wie...

- Was kann linke Hochschulpolitik sein?
- Wie kann diese auf meine eigene

Hochschule umgemünzt werden?

- Wo liegen Probleme zwischen realer Mitarbeit in bestehenden Verhältnissen und fundamentaler Kritik?

- Welche Informationskanäle müssen bespielt werden, um eine funktionierende Hochschulgruppe zu gewährleisten?

- Welche aktuellen Problemlagen müssen aufgegriffen werden?

- Wie organisieren wir uns selbst? ...im Mittelpunkt.

Sofern noch weiteres Interesse besteht, findet direkt im Anschluss am 06. April um 19:00 Uhr im Stadtteilhaus Neustadt eine hochschulpolitische Veranstaltung der sächsischen Linksfraktion zum Thema „Exzellenzstrategie“ mit Tilmann Reitz statt, zu welcher wir gemeinsam gehen können. Ich freue mich auf euch!

06. April 2017 | 16 Uhr
WIR AG | Martin-Luther-Straße 21



„Der Kommerzialisierung eine Grenze setzen“

In seiner vergangenen Sitzung hatte der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden über die Ladenöffnungen an Sonntagen zu befinden. Während CDU und FDP für eine deutliche Ausweitung der Sonntagsöffnungen plädierten, setzte Rot-Grün-Rot den bereits eingeschlagenen Weg fort. Wir dokumentieren die Rede des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach.

*Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,*

der Stadtrat hatte im vergangenen Jahr nach langer und intensiver Diskussion die Entscheidung getroffen, der weitgehenden Kommerzialisierung unserer Gesellschaft eine Grenze zu setzen und der ständigen Aushöhlung der Sonntagsruhe entgegenzuwirken. Und nun kommen CDU und FDP wieder an und fordern, das Fass nochmal neu aufzumachen. Dazu kann ich Ihnen gleich sagen, der Deckel bleibt drauf. Dieses Manöver macht aber sehr schön deutlich, wer in diesem Stadtrat wessen Interessen vertritt: dort die Lobbyisten der Einzelhandelskonzerne und hier die Vertreter der hart arbeitenden Verkäuferinnen und Verkäufer, die gerade in der Adventszeit großen Belastungen ausgesetzt sind.

Ja, wir von der LINKEN sind der Auffassung, dass sich ein Tag in der Woche von der Geschäftigkeit der Werkstage unterscheiden sollte. Wir befinden uns mit dieser Auffassung auch in guter Gesellschaft, nämlich in jener der Mütter und Väter des Grundgesetzes und der Sächsischen Verfassung. Diese haben den Sonntag als „Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“ verfassungsrechtlich geschützt. Der Schutz der Sonntagsruhe ist nicht etwa überholt, sondern aktueller denn je. Gerade in unserer heutigen Gesellschaft, die vielfach von der Maxime des „Höher, Schneller, Weiter“ geprägt ist, braucht es einen Tag der Entschleunigung. Einen Tag, der nicht durch den Kommerz geprägt ist. Einen Tag, der vor allem der Familie gehört. Einen Tag, der sich deutlich unterscheidet von der Hektik des Alltags. Und das ist der Sonntag.

Dies ignorierend und das dritte Gebot missachtend, ist der Sonntag seit Jahren den immer wiederkehrenden Angriffen der Neoliberalen und der Christenunion ausgesetzt. Ungehemmtes Einkaufen am Sonntag. Das ist es also, was in diesen Tagen das Denken der konser-



Foto: Ushuaia / pixelio.de

vativ-liberalen Köpfe in Dresden beherrscht. Ein Weltbild, angesiedelt im Mikrokosmos zwischen Frauenkirche, Eierschecke und Sonntagsshopping.

Immer wieder wird von CDU und FDP angeführt, die Geschäfte müssten im Advent auch Sonntags öffnen, damit der Handel Umsatz machen können. Dem will ich an dieser Stelle drei Argumente entgegenhalten:

Erstens: Das Bundesverfassungsgericht hat klar geurteilt: „Ein bloß

wirtschaftliches Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber und ein alltägliches Erwerbsinteresse („Shopping-Interesse“) potenzieller Käufer genügen (...) nicht, um Ausnahmen von dem verfassungsunmittelbar verankerten Schutz der Arbeitsruhe und der Möglichkeit zu seelischer Erhebung an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen.“

Zweitens: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Die Kaufkraft der Menschen wird nicht dadurch größer, dass sie sonntags zum Shopping gehen.

Drittens: Die Läden dürfen in Sachsen von Montag bis Samstag täglich von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr öffnen. Das sind bereits 96 Stunden die Woche.

Für den Kommerz und für die Durchkommerzialisierung unserer Gesellschaft muss es Grenzen geben. Deshalb werden wir von der LINKEN gemeinsam mit Grünen und den Sozialdemokraten den bereits eingeschlagenen Kurs fortsetzen und keine zusätzlichen Sonntage zur Öffnung zulassen. Vielen Dank.

Mit allen Mitteln

Zum Stellenwert von Kunst in der aktuellen Gesellschaftskrise

von Jacqueline Muth

Gerade hatte ich diesen Artikel fertig geschrieben und wollte auf die „Senden“-Taste im Email-Fach drücken, um ihn mit einiger Verspätung an Max zu übermitteln, der bereits sehnsüchtig darauf wartete – den Drucktermin vor Augen. Da erreichte mich die Nachricht, dass soeben die bekannte Pop-Band „Die Toten Hosen“ am heutigen Montag abend als Überraschungsgast die Demo der „wenigen Hundert verbliebenen Pegida-Gegner“* mit einem Auftritt aufmunterte (*frei zitiert nach SZ-online). Und prompt musste ich die Einleitung noch einmal ändern.

Sicher habe nicht nur ich gedacht: Schade, das hätte ich auch erleben können. Wann war ich eigentlich das letzte Mal montags auf der wöchentlichen Pegida-Gegen-Demo? Im übrigen ist nicht das – vermutlich gemeinsam mit dem Publikum geprühlte – dargebotene Lied entscheidend. Dieses wurde im eilig verfassten online-Kommentar nicht einmal erwähnt. Dennoch verbreitete sich die Kunde über den Auftritt rasend schnell im Netz. Und ich bin sicher: Er wird seine Wirkung nicht verfehlen. Warum?

Dass die „Toten Hosen“ für einen kleinen euphorischen Aufschrei sorgten, liegt an ihrer Popularität. Die Sänger (=Künstler) verschafften der Versammlung nicht nur eine weit größere Medienpräsenz (die sie eigentlich auch ohne den Auftritt verdient hätte). Sie hinterließen am heutigen Montag sicher auch viele gestärkte Mit-Demonstrant_innen, die für ihre allwöchentliche öffentliche Kundgebung eine kleine unerwartete „Belohnung“ erhielten.



Das Monument von Manaf Halbouni

Foto: Cornelia Eichner

Am vergangenen Wochenende sorgte eine Kunstaktion von Svea Duwe ebenfalls für Überraschung und Anerkennung im öffentlichen Raum. Neben Pressevertretern (immerhin auch dpa und Sachsenspiegel) folgten der 30-Personengruppe um die Künstlerin zahlreiche Passanten und Passantinnen, wippten im Takt zu „Die Gedanken sind frei“ vom mitgeführten xylophon-artigen Musikinstrument und diskutierten angeregt. Nicht alle verstanden wohl, wie viel diese künstlerisch-abstrakte Aktion „Der Spiegelmarsch“ mit der aktuellen politischen Situation – und auch ein bisschen mit Pegida – zu tun hat. Dennoch verfehlte die Aktion ihre Wirkung nicht.

Und auch die Installation „Monument“ von Manaf Halbouni auf dem Neumarkt um den 13. Februar herum durfte sich großer Beachtung erfreuen. Das

Kulturamt rief sogar eilig eine Bürger-versammlung ein zum Kunstwerk, um der entfachten Diskussion einen kulturierten Rahmen zu geben. Warum drei Busse die ach so schöne Frauenkirche verstellten, wie und mit welchen Mitteln wir zukünftig gedenken wollen und Krieg und Frieden im Allgemeinen – dies nur ein kleiner Ausschnitt der Diskussion, die nicht auf dem Podium sondern fast ausschließlich vom Publikum bestritten wurde. Ursache – Wirkung – Diskussion der Wirkung – Diskussion der Ursache. Oder so ähnlich.

Diese wenigen eindrucksvollen Beispiele aktueller künstlerischer Beiträge zur erhitzten gesellschaftlichen Debatte in Dresden zeigen deutlich, wie wichtig Kunst in unserem Leben ist. Viele weitere Beispiele werden schnell übersehen oder erreichen nur ein kleines

Publikum. Doch auch sie sind wichtig und zugleich der Nährboden, auf dem diejenigen Kunstwerke entstehen, die einen kurzen Moment lang im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit breite Diskurse entfachen, begleiten, anreichern oder einfach nur den Anlass geben, mal wieder über Sinn und Zweck der geistigen Inspiration zu grübeln.

Es gäbe noch so viel mehr zu sagen über den gesellschaftlichen Wert von Kunst und warum gerade in einer Zeit, in der wir uns auf das Wesentliche konzentrieren müssen, Kunst eine wichtige Rolle einnimmt. Nicht (nur), weil Kunst das Leben schöner macht. Nicht jede Kunst ist schön oder leicht zu verdauen. Sondern weil Kunst das geistige Leben wachhält. Kunst regt zur Reflektion an, trägt zur Kommunikation bei und zeigt mitunter Wege, die sonst verborgen blieben. Kunst bietet außerdem die Möglichkeit, kultiviert zu streiten. Und ein bisschen Kultiviertheit im Streit tut gerade jetzt so bitter Not.

Deswegen und gerade jetzt müssen wir dafür sorgen, dass Kunst und Kultur einen wichtigen Stellenwert in unserer Gesellschaft behalten. Und auch im Haushalt der Stadt braucht die Kultur einen ordentlichen Stellenwert, damit sie existieren kann. Mit allen Mittel eben.

Im Übrigen ist mir bewusst, dass der eine oder die andere Leserin erobert eingangs als Pop-Band bezeichnete. Wir können gerne darüber diskutieren bei Gelegenheit. Oder auch streiten. Ich freu mich drauf. Hauptsache kultiviert.

Aus der Stadtratssitzung am 23. März 2017

Mit einem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates:

www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Schnee von morgen

Stadtrat auf Kaffeefahrt: Ski-Weltcup beschlossen

300.000 Euro pro Jahr, 5 Jahre lang. Kunstschnee aus Klotzsche. Für manche ist die Idee des Ski-Weltcups eine ambitionierte Idee mit Werbepotenzial für Dresden. Wir halten es für unökologischen Unsinn. Margot Gaitzsch in der Debatte: "Jetzt wird diskutiert, die Gebühren für Sportplätze und -hal-

ten zu erhöhen. Wären 300.000 Euro dort nicht besser angelegt?" Der restliche Stadtrat aber war heute hellauf begeistert, hatte doch Sportmoderator René Kindermann mit Werbevideo für sein millionenschweres Privatvorhaben geworben. In bester Kaffeefahrtmanier ließen sich die Stadträte einlullen und auch die erst skeptischen Grünen stimmten rundweg zu.

Bundeswehr-Hubschrauber verhindert Wohnungen: Ein Investor plant im Jägerpark Hunderte Wohnungen, darunter viele Wohnungen zu günstigen Mieten. Aber: der dazugehörige Bebauungsplan kann nicht bearbeitet werden. Grund ist ein fehlendes Lärmschutzgutachten. Das kann aber nur erstellt werden, wenn die Bundeswehr die genauen Eckdaten ihres Helikopterlandeplatzes zur Verfügung stellt. Die weigert sich aber, weil sie die Fläche lieber frei haben möchte. Tilo Wirtz fühlte in dieser Sache der Verwaltung auf den Zahn. Jetzt gilt es dranzubleiben - der Jägerpark verdient bezahlbaren Wohnraum und keine Militärhubschrauber mit dazugehörigen Landeplätzen.



Armee vs. Jägerpark

Nächste Sitzung: Mittwoch 12. April Rathaus



Nachdem der Abriss der früheren Robotron-Kantine bereits so gut wie begonnen war, haben Gespräche mit dem Investor und ein Eilantrag von Grünen und LINKEN den Durchbruch gebracht. Die Denkmalschutzbehörde wurde beauftragt, die Denkmalswürdigkeit der Kantine zu überprüfen. Der Abriss ist verhindert, der nächste Schritt ist die Suche nach eine neuen Nutzung dieses Schmuckstücks der Ostmoderne. In der Debatte tobte die rechte Seite des Rates. "Höhepunkt": Franz-Josef Fischer kritisierte die Bausubstanz, erinnerte sich an seine Stationierung in Prora und verwies mit Stolz auf die gute Bauqualität der dortigen Gebäude.



André Schollbach: "Ein Tag in der Woche sollte sich unterscheiden von der Geschäftigkeit der üblichen Werkstage. Dieses verfassungsmäßige Gut gilt es zu schützen." Rot-Grün-Rot entscheidet sich für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und lässt nur einen stadtweiten verkaufsoffenen Sonntag für 2017 und 2018 zu. Hinzu kommen regionale Sonntagsöffnungen zu Stadtfesten wie St. Pieschen, dem Westhangfest oder der BRN. FDP und CDU liefen heute Sturm gegen nur einen verkaufsoffenen Sonntag. Rot-grün-rot sorgt für Planungs- und Rechtssicherheit und "setzt dem Kommerz Grenzen", wie André Schollbach in der Debatte betonte.

Zielgerichtet Angebote schaffen

Rot-Grün-Rot hat im Haushalt einen Fonds für soziale Projekte mit 2,0 Millionen Euro ausgestattet.

von Pia Barkow

Mit dem Haushaltsbeschluss für 2017 und 2018 wurden deutlich mehr Mittel für den Sozialbereich bereitgestellt. Nach dem gerade hier über Jahre das Credo hieß: sparen sparen sparen, können nun Mittel für neue Projekte bereitgestellt und das bestehende Angebot ausgebaut werden. Beides ist dringend notwendig, wurde doch bisher durch den immer nahezu gleich bleibenden Etat für die Förderung sozialer Projekte real eine Kürzung vorgenommen. Denn die Bevölkerung in Dresden steigt stetig und somit müssen die bestehenden Angebote für immer mehr Menschen ausreichen. Unser Ziel besteht darin, zu erreichen, dass langfristig Spielräume bei der Förderung sozialer Projekte vorhanden sind, um besser auf aktuelle Entwicklungen eingehen zu können. Für einen ersten Aufschlag sollen im Themenfeld Eltern und Familie neben den bestehenden Angeboten Anlaufstellen für Alleinerziehende, für von Gewalt betroffene Frauen, Männer und Kinder und für junge Eltern ausgeweitet werden. Zum Hintergrund: Etwa 23% Prozent aller Kinder in Dresden wachsen bei nur einem Elternteil auf. Alleine für Kinder verantwortlich zu sein ist eine große Herausforderung, zumal oftmals die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur schwer möglich



Foto: Stephanie Hofschlaeger

ist. So sind mehr als die Hälfte der Alleinerziehende auf Sozialleistungen angewiesen. Umso wichtiger ist es zielgerichtete Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten für Alleinerziehende zu schaffen und auszubauen.

Laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums aus dem Jahr 2004 hat jede vierte Frau in Deutschland schon einmal häusliche Gewalt erlebt. In besonders schweren Fällen kann die Flucht ins Frauenschutzhause die letzte Rettung für die Betroffenen sein. Mehr als die Hälfte der Frauen, die in das Frauenhaus in Dresden fliehen, hat Kinder, die sie mitnimmt. Doch bisher gibt es in Dresden keine eigene, speziell auf Kinder zugeschnittene Beratung im Fall (mit-)erlebter häuslicher Gewalt. Gera-

de das wird jedoch als unabdingbar angesehen, um Kindern die Verarbeitung von Gewalterfahrungen zu erleichtern. Darum soll jetzt hierzu ein eigens auf Kinder und Jugendliche spezialisiertes Beratungsangebot geschaffen werden.

Ferner soll eine barrierefreie Krisenwohnung zur Unterbringung Schutzbedürftiger angemietet werden. Im Dresdner Frauenschutzhause stehen 32 Plätze für schutzsuchende Frauen und Kinder zur Verfügung. Keiner dieser Plätze ist barrierefrei. Und das obwohl Studien belegen, dass die Häufigkeit der Betroffenheit häuslicher Gewalt bei Menschen mit Behinderungen nochmals höher sind.

Und schließlich soll die Beratungsstelle sich durch mehrsprachige und

interkulturell geschultes Personal besser auf die Situation Betroffener mit Migrationshintergrund eingehen können. Es hat sich gezeigt, dass die Problemlagen gewaltbetroffener Migrantinnen deutlich komplexer sind und einen erheblichen Mehraufwand in der Beratungsleistung mit sich bringen.

Diese Erweiterungen sind dringend notwendig. Doch auch im Bereich der Prävention soll weiter gearbeitet und ein in Hamburg entwickelter Ansatz erprobt werden. Der Grundgedanke lautet: Integration der Gewaltschutzarbeit in bereits vorhandene Angebote und Strukturen. Konkret bedeutet dies, spezielle Gewaltschutzangebote an einen bestehenden, gut vernetzten lokalen Träger anzudocken, also z.B. Stadtteilzentren, Quartiersläden, Mehrgenerationen-, Kinder- und Jugendhäuser. Dadurch sollen zum einen für die Betroffenen Hürden abgebaut werden, sich Hilfe zu holen und andererseits Einrichtungen, die nicht direkt mit häuslicher Gewalt arbeiten auf das Thema aufmerksam gemacht werden. Die Erfahrungen aus Hamburg zeigen eine positive Entwicklung, insbesondere durch eine deutlich gestiegene Sensibilisierung und geschulten Umgang mit Betroffenen häuslicher Gewalt/ Partnerschaftsgewalt.

Provisorische Ertüchtigung des Foyergeländers im Neuen Rathaus:

Mit Netz als doppelten Boden

von Tilo Wirtz

Es ist hart, jeden Tag die Lokalseite einer Zeitung vollschreiben zu müssen, damit die Werbung einen redaktionellen Rahmen hat. Da viele Dinge in der kommunalen Selbstverwaltung wenig Unterhaltungswert haben, sind sie in den Lokalredaktionen wahrscheinlich froh, wenn mal ein Gegenstand ordentlich polemisch ausgewalzt werden kann, ohne vermeintlich gleich jemandem auf die Füße zu treten. In letzter Zeit waren städtische Geländer dran, die gegen die Langeweile im Lokalteil in Stellung gebracht wurden. Und so überboten sich die Blätter mit Geländer-Possen, Geländer-Riesenzoff, Geländer-Gaga, Geländer-Wahnsinn und Geländer-Irrsinn in den Überschriften. Der Denkmalschutz wurde gegen die Sicherheitsanforderungen der geltenden Bauvorschriften ausgespielt und Lösungen für die Ertüchtigung von Geländern kritisiert. Allerdings wurden auch keine besseren Vorschläge gemacht. Die Reaktion des Publikums war allerdings ernüchternd und reichte von „Muss denn das sein?“ bis „Die Leute sollen einfach selbst aufpassen!“ Aber so geht es nicht.

Recht auf körperliche Unversehrtheit

Ein Hintergrund der für Laien unnötig kompliziert scheinenden Bauvorschriften ist das im Grundgesetz verankerte Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit. Für technische Anlagen wie Bauwerke heißt das, sie sind so zu errichten, zu erhalten und zu betreiben, dass keine Gefahr für Gesundheit und

Leben von ihnen ausgeht. Dabei ist nicht nur der Einsturz oder problematisches Brandverhalten und die damit verbundene Gefährdung von Menschen auszuschließen, sondern auch der Absturz von Treppen, Emporen und Galerien, weil die Geländer versagen oder untauglich sind. Die Verantwortung liegt werkvertraglich bei den Planern und Bauausführenden sowie beim Betreiber des Gebäudes, dem die Verkehrssicherungspflicht obliegt.

Nicht mehr als zwölf Zentimeter Abstand zwischen Geländerteilen!

Konkret beim Foyergeländer im Neuen Rathaus ging die Gefahr von einem viel zu großen Abstand der Geländerfüllung aus. Zwischen den einzelnen vertikalen Streben unter dem Handlauf besteht ein lichter Abstand von dreißig Zenti-

metern. Gemäß DIN 18065 darf dieser Zwischenraum allerdings nur zwölf Zentimeter im Lichten betragen. Die Begrenzung dieses Maßes begründet sich in der Gefährdung von Kleinkindern, die sich ab mehr als zwölf Zentimeter Abstand durch die Geländer durchzwängen können, was unmittelbar zur Gefahr des Absturzes führt, vorliegend im Foyer des Neuen Rathauses vor dem Saal mit einer Höhe von schätzungsweise vier Metern. Dass das Geländer möglicherweise nicht den aktuellen Lastanforderungen genügt und etwas zu niedrig ist, kommt noch hinzu – ist allerdings bei einem Bestandsgebäude nicht ganz so kritisch zu sehen. Um zu verhindern, dass kleine Personen durch das Geländer rutschen, wurde zunächst ein provisorisches Zweitgeländer angebracht, welches mit einem textilen Netz versehen ist, das für die notwendige Dichtigkeit

der Geländerfüllung sorgt. Dies war dringend notwendig, denn Rathäuser sind als öffentliche Gebäude keine kindfreien Zonen. Auf der anderen Seite wurde mit der additiven Lösung das Bestandsgeländer im Sinne der Denkmalpflege als transparente leichte Metallkonstruktion bewahrt. Wie die Geländer im Foyer vor dem Plenarsaal dauerhaft ertüchtigt werden, wird sich im Zuge der weiteren Sanierungsabschnitte zeigen.

Noch nie was passiert? - Doch!

Ganz Schlaue behaupteten dann noch, dass der ganze Aufwand unnötig sei, da ja noch nie etwas passiert sei an diesen Geländern. Sie verkennen aber, dass falsch gebaute Geländer tickende Zeitbomben sind, an denen jederzeit ein Unglück geschehen kann und es passiert jede Menge. Erst am 16. Februar ist ein zweijähriges Kind im Arbeitsamt Viersen durch ein offensichtlich mangelhaftes Geländer vier Meter tief gefallen und musste mit dem Rettungshubschrauber in eine Klinik gebracht werden. Inzwischen wurde das betreffende Geländer durch zusätzliche Holzstreben gesichert. Wäre dies rechtzeitig geschehen, wäre der Schreck mit dem abgestürzten Kind in Viersen erspart geblieben. Gut, dass die Gefahr im Dresdner Rathaus erkannt und gebannt worden ist, bevor jemand zu Schaden gekommen ist. Den vorherigen Satz hat in dem Zusammenhang keine der Dresdner Tageszeitungen geschrieben. Er würde nicht in das Narrativ einer unfähigen Verwaltung, schildbürgerhafter Bauleute und einer neunmalklugen Zeitung passen.



Foto: Tilo Wirtz

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Wer kennt sie nicht die „Kuh im Propeller“ von Michail Sostschenko, pointiert rezitiert von Manfred Krug. Der arme Grigori Kossonossow agitierte, um die Bauern vom Flugwesen zu überzeugen. Doch stattdessen verunsicherte er sie mit der Aussicht, dass künftighin ihre Kühe, Hunde und Pferde durch Propeller zerteilt werden könnten.

Zwar sind in Dresden weder Kühe noch Pferde in Gefahr, dafür aber mal wieder ein paar neue Wohnungen. Konkret geht es um ein geplantes Wohnungsbauprojekt mit 700 Wohnungen im Jägerpark, dem ausnahmsweise weder Ungemach durch ein Jahrhunderthochwasser, noch durch die „rot-rot-grüne Verhinderungskonkalition“ droht. Der Standort ist weit genug von der Elbe weg, 150 Sozialwohnungen sind vorgesehen und überhaupt: Zusätzliche Wohnungen werden in Dresden dringend gebraucht.

Gefahr geht vielmehr von Flugwesen aus, genauer gesagt von den Propellern der Bundeswehruhubschrauber. Diese können zwar keine Wohnungen teilen, aber sie verursachen Lärm, ganz schön viel wie jeder bestätigen kann, der einmal neben einen aufsteigenden Hubschrauber stand. Und wo ein Hubschrauber ständig startet und landet, möchte sicher niemand wohnen. Freilich hat sich der Investor da wenig Sorgen gemacht, da der Hubschrauberlandeplatz der Offiziershochschule weit genug von den künftigen Wohnungen weg ist und die tatsächliche Flugbelastung sich in Grenzen hält.

Was aber konnte man im letzten Stadtrat lernen? Die Bundeswehr proviantiert sich für den Ernstfall nicht nur mit Flugbenzin, scharfer Munition und Schokoriegeln auf, sondern denkt auch an eher ideale Vorräte. So beansprucht sie „unabhängig von der derzeitigen Nutzung“ ein „Lärmkontigent“ von 65 Dezibel pro Quadratmeter. Im Unterschied zu jedem anderen Bauherrn muss sie die exorbitante Lärmemission auch nicht erst bei den Dresdner Umweltbehörden beantragen. Wegen der strengen militärischen Geheimhaltung des Lärmes, hat sie sich dieses Vorrecht gleich mal selbst genehmigt.

Da konnten die Stadträte nur noch staunen wie einst die Genossen Bauern. Die Begeisterung für den Bundeswehrstandort dürfte beim rückständigen Volk etwas gelitten haben.

„Daseinsvorsorge gehört nicht an die Börse“

Uwe Schaarschmidt ist neuer Stadtrat für die Dresdner Altstadt und Friedrichstadt. Wir sprachen mit dem 51 Jährigen über seine Vorhaben

Der Anlass Deines Nachrückens in den Stadtrat war ein sehr trauriger, der Tod von Hans-Jürgen Muskulus, dessen langjähriger Mitstreiter Du warst. Nun bist Du als Stadtrat der LINKEN vereidigt worden. Was werden die thematischen Schwerpunkte Deiner künftigen Stadtratsarbeit sein?

Ich habe die Mitgliedschaften Hans-Jürgens in den beiden Ausschüssen übernommen, also dem Sozialausschuss und dem Gesundheitsausschuss. Außerdem die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat des Dresdner Zoos. Ich werde mich also künftig um Dresdens Arme, Kranke und Tiere bemühen. Eine große Aufgabe.

Gibt es schon konkrete Dinge oder Aufgaben, die du gleich zu Beginn besonders intensiv angehen willst?

Nein. Zunächst einmal muss ich wohl lernen, wie Kommunalpolitik so tickt. Ich will ja auch nichts falsch machen oder meinen Kolleg*innen in der Fraktion oder der Kooperation Themen wegnehmen. Ich bin – kommunalpolitisch – ganz eindeutig der junge Spund – da sollte man erst mal schauen, wie die Alten – also Kerstin Wagner und Pia Barkow – den Mörtel anrühren.

Soziale Themen bestimmen seit vielen Jahren Deine politische Arbeit: Welche Maximen verfolgst Du dabei?

Das ist ja lustig – wenn man von jemandem, der Maximilian heißt, nach seinen Maximen befragt wird. Na ja – Maximen sind ja eine sehr moralische Angelegenheit, bis tief in die Unmoral hinein. Meine politische Moral als LINKER ist im Wesentlichen – nicht in allen Punkten – durch das Grundsatzprogramm meiner Partei gedeckt. Die private Aneignung von durch andere Menschen geschaffenen Mehrwert bleibt für mich Diebstahl – egal, wie die von den Dieben geschaffenen Gesetze das werten. Man muss diesen Diebstahl irgendwann beenden.

Vor elf Jahren stellte der Totalverkauf der WOBA eine Zäsur für die Stadt Dresden und für die politische Linke dar – Du warst einer der vehementen Kritiker des Verkaufs. Welche Erwartungen verknüpfst Du mit der Gründung der neuen kommunalen Wohnungsgesellschaft?

Privatisierungen öffentlichen Eigentums – egal ob von Wohnungen, Krankenhäusern, Ver- und Entsorgungsbetriebe, Bildungseinrichtungen usw. – sind letztlich die völlige Kapitulation der Politik vor den Gewinninteressen der Wirtschaft und sie sind damit auch die endgültige Entdemokratisierung der Gesellschaft.

Dort, wo dies geschehen ist, muss man versuchen, das rückgängig zu machen. Daseinsvorsorge gehört nicht an die Börse. Im konkreten Fall erhoffe ich mir, dass ein Wohnungsunternehmen in

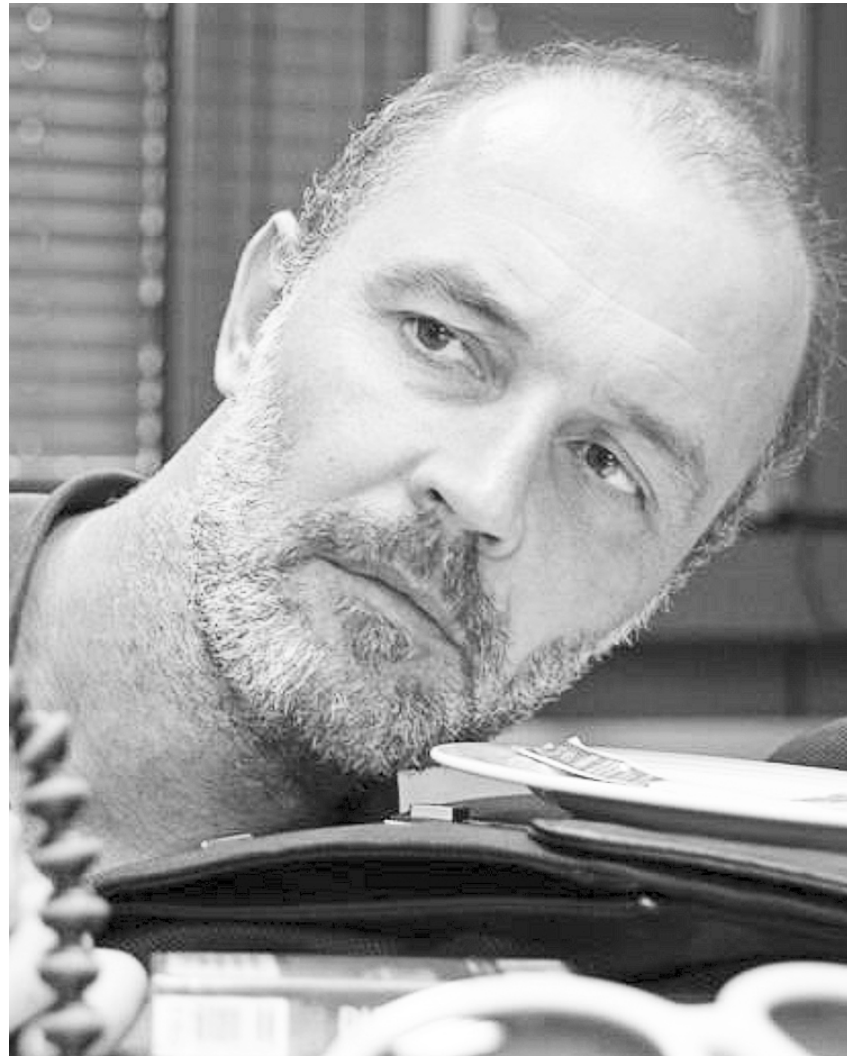


Foto: Privat

öffentlicher Hand, das der Profitlogik nicht unterworfen ist, langfristig zur Entspannung des Wohnungsmarktes führt. Dazu muss es natürlich wachsen.

Du hast nun schon zwei Ratssitzungen als Stadtrat erlebt, Dein Kommentar zu den bisher geführten Debatten?

Stadtratssitzungen sind ja – wie Sitzungen in Landtagen oder dem Bundestag auch – im wesentlichen die öffentliche Darstellung von vorab getroffenen politischen Entscheidungen, auch wenn es in der Kommunalpolitik keine Regierung im Sinne des Bundes und der

Länder gibt. Man führt also der Öffentlichkeit Begründungen für politische Entscheidungen vor. Und da ist das Niveau der Debatten im Bundestag nur unwesentlich höher als jener im Stadtrat

Dein Wahlkreis ist die Dresdner Altstadt mit der Friedrichstadt. Mit welchen Themen wirst Du Dich in der Altstadt auseinandersetzen?

Da ich nicht in der Altstadt wohne, werde ich wohl erst in Erfahrung bringen müssen, was genau da in meinem Aufgabenbereich Not tut. Immerhin gibt es da ja ein Krankenhaus und den Zoo.

Fragen: Maximilian Kretzschmar

DIE LINKE.

Fraktion im Dresdner Stadtrat

Redaktionsschluss 2017

18.04.2017
23.05.2017, 20.06.2017
18.07.2017, 22.08.2017
19.09.2017, 17.10.2017
21.11.2017, 12.12.2017

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Pia Barkow, Tilo Wirtz, Jacqueline Muth, Jens Matthis, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog



Im Spannungsfeld zwischen Partei und Bewegung

Die Syriza-Jugend in Griechenland

von Björn Reichel

Im Rahmen einer Bildungsreise nach Griechenland (Athen), welche vom 20.02.2017 – 26.02.2017, in Kooperation mit der Linksjugend [solid] Sachsen und dem Ring Politischer Jugend Sachsen e.V. stattfand, organisierte ich zusammen mit Nondas Floras von der Syriza-Jugend das Programm dieses Austauschs. Dieses Programm sollte zum einen einen vernetzenden, als auch einen bildenden Charakter aufweisen. Es sollte eine ausgeglichene Sichtweise zwischen der Syriza-Jugend und linken, sozialen Bewegungen dargelegt werden. Zu erwähnen sei an dieser Stelle noch, dass Mitglieder des Jugendverbandes von Syriza nicht gleichzeitig Mitglied in der Partei sein dürfen. Somit wird sich dieser Bericht weniger mit der Partei auseinandersetzen.

Neben den Besuchen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, welche uns über den aktuellen Stand zum Prozess gegen die neo-faschistische Partei „Goldene Morgenröte“ aufklärte, gab es ein einführendes Treffen mit der Syriza-Jugend. Auch kam die geschichtliche Bildung nicht zu kurz, welche einen Besuch im Museum für den kommunistischen und linksgerichteten Widerstand während der faschistischen Besatzung, sowie die Führung eines Zeitzeugen durch ein früheres Foltergefängnis der Militärjunta beinhaltete.



Auch wurden die Zusammenhänge der Jugend mit sozialen Bewegungen ausführlich dargelegt. Zum einen gab es einen Punkt, in welchem uns erklärt wurde, was das Projekt „Solidarity for all“ (Solidarität für alle) ist. Diese Einrichtung, finanziell unterstützt von Syriza, ist eine Schirmorganisation, welche viele sozialen Hilfseinrichtungen unter einem Dach versammelt und koordiniert. Somit kommt die Hilfe für Bedürftige auch dort an, wo sie benötigt wird. Die Besonderheit dahingehend ist, dass es eigens eine Abteilung von Syriza gibt, welche sich um die Kontaktaufnahme und Pflege von Hilfsorganisationen kümmert. So wird gezeigt, dass die Regierung zwar die Austeritätspolitik der Troika umsetzen muss, die Partei selbst aber weiterhin an ihrem sozialen Kurs festhält. Auch besuchten wir das Geflüchtetenprojekt „City Plaza“. Das „Plaza“ war ein früheres Hotel,

welches besetzt und in Absprache mit der alten Belegschaft als Aufnahmestätte für Geflüchtete umfunktioniert wurde. Dort sind zurzeit ca. 400 Menschen untergebracht, welche durch Freiwillige aus ganz Europa rund um die Uhr betreut werden. Hier beginnt die Spannung. Mitglieder von Syriza sind dort nicht gern gesehen. Für die Helfer*innen des Projektes steht die Partei und der Jugendverband für eine EU-Politik, welche die Festung Europa eher ausbaut, als Geflüchtete willkommen heißt. Auch in dem links gerichteten Athener Viertel „Exarchia“ sind die Genoss*innen von Syriza, in welchem der Ausspruch „Refugees welcome“ oft an den Wänden zu finden ist und in autonomen Gruppen praktiziert wird, eher ungerne gesehen. Auch dies ist der restriktiven Politik der Kommission und des EU-Rates geschuldet. Unsere Genoss*innen der Syriza-Jugend engagieren sich in vielfältigen Pro-

jekten, welche z.B. Geflüchtete die Integration in die griechische Gesellschaft ermöglichen soll. Die Sparvorgaben der Troika und der Fakt, dass Griechenland als ein Ankommensland für geflüchtete Menschen fungiert, passen nicht zusammen. Momentan sind die Auswirkungen der Austeritätspolitik in der gesamten Gesellschaft zu spüren. Die Armut nimmt zu, ebenso wie die Arbeitslosigkeit, gerade unter Jugendlichen. Auch hat sich zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte Griechenlands die Sterblichkeitsrate von Säuglingen erhöht. Somit ist die Austeritätspolitik als menschenfeindlich zu kennzeichnen. Darunter leidet auch eine linke Partei wie Syriza und natürlich der Jugendverband. Zum einen wollen die Genoss*innen ihre soziale Politik weiterhin durchführen, zum anderen werden sie für ihr Regierungshandeln gescholten, ohne darauf wirklich Einfluss nehmen zu können. Syriza und ihr Jugendverband sind das beste Beispiel einer linken, regierungswilligen Partei, welche linke Themen umsetzen möchte, aber durch eine Troika verhindert wird. Um das zu ändern bedarf es unserer Solidarität. Zu jeder Zeit.

Björn Reichel ist Mitarbeiter im Europabüro von MdEP Dr. Cornelia Ernst

Krim-Krise und Ukraine-Konflikt gefährden die Handlungsfreiheit von Journalisten

Unfreie Pressefreiheit in Kiew

von Ruslan Yavorski

In wenigen Wochen erwarten über 40 Millionen ukrainischer Bürger die schon lange versprochene Aufhebung der Visumpflicht für die EU Einreise. Um nun „korrekt denkende potenzielle EU Bürger“ ausfahren zu lassen, unterzeichnete der ukrainische Machthaber Petro Poroschenko Ende Februar eine „Doktrin zur Informationssicherheit“. Das neue Dokument wird als Verteidigung des „ukrainischen Informationsraums“ gegen „propagandistisches Massmedia des Aggressors“ verpackt. Es gehörte zu den ersten Entscheidungen der Putschregierung nach dem Maidan 2014, Russisch als Regionalsprache abzuschaffen. Diese gezielte Provokation gegenüber den mehrheitlich russischsprachigen ukrainischen Bürgern hatte die Widerstände im Süden und im Osten der Ukraine angezündet. Kurz darauf veranlasste das neu aufgestellte Innenministerium ein entsprechendes Dekret, das den Empfang der russischen Sender über die Kabelprogramme stoppt. Auch russische Sendungen, Filme, Talkshows etc. wurden ziemlich schnell aus der ukrainischen Medienlandschaft verbannt. Das Verbot sollte nur zeitweise gelten, erklärte damals die neue ukrainische Regierung.

Heutzutage ist die Stoßrichtung noch deutlicher zu erkennen: Jeglichen Informationsfluss aus alternativen Quellen austrocknen lassen. Auch im Internet. Man sieht zum Beispiel eine große „Bedrohung für die ukrainische

Souveränität“ vor allem in sozialen Netzwerken wie „W Kontaktje“ (Im Kontakt) und „Odnoklassniki“ (Klassenkameraden), die für ukrainische Nutzer gesperrt werden müssen.

Parallel dazu gehen die ukrainischen Behörden gegen Medien vor, die versuchen, sich der Hetzkampagne zwischen der Ukraine und Russland zu entziehen. Die Presselizenzen werden nicht verlängert oder die Vergabe der Frequenzen gehen nur zugunsten der „regimetreuen Radiosender“. Einige wenige gebliebene oppositionelle Medien sind den ukrainischen Machthabern und ihren Anhängern seit langem wegen ihrer „prorussischen“ Einstellung ein Dorn im Auge. Das „Prorussische“ daran soll sein, dass diese Medien zwar die selbsternannten Republiken laut der Vorgabe der neuen ukrainischen Macht als „Separatisten“ und als „Terroristen“ bezeichnen, aber die Kiewer Führung wegen ihrer Korruptionsskandale nicht schonen. Über Jahre wurde versucht, oppositionelle Medien mit Steuerprüfungen platt zu machen. Rechte Schlägertrupps überfielen die Redaktionsräume.

Viele Journalisten wurden durch Anschläge getötet, begingen „Selbstmord“, die nicht aufgeklärt wurden, oder mussten ins Ausland fliehen. Laut Reporter ohne Grenzen „zählt die Ukraine zu den Ländern, in denen weltweit die meisten Journalisten bedroht oder angegriffen

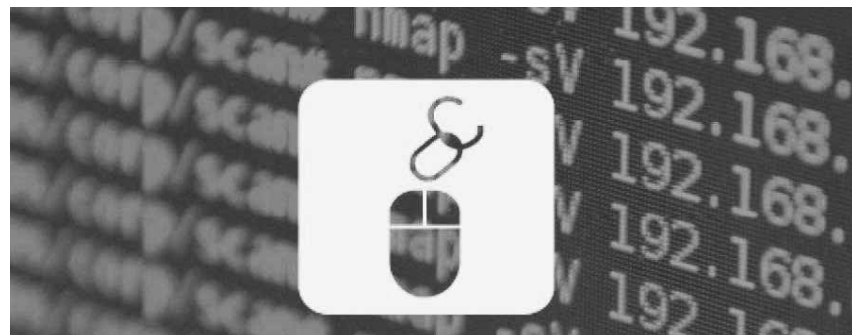


Foto: Reporter ohne Grenzen

wurden. Journalisten müssen mit Gewalt oder gezielten Anschlägen rechnen, wenn sie kritisch berichten. Die meisten Überfälle bleiben straffrei. Auf ausländische, auch deutsche, Journalisten wurde vom Kiewer Regime Druck ausgeübt. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) forderte die ukrainischen Sicherheitsbehörden auf, „alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Schutz und die Sicherheit der internationalen Korrespondenten zu gewährleisten“. Grund war die Veröffentlichung von Daten mehrerer Tausend Journalisten auf einer ukrainischen Webseite und die Verunglimpfung der Berichtersteller als „Kollaborateure des Terrors“. Neben den Namen sind Mail-Adressen, Telefonnummern und Aufenthaltsorte der Korrespondenten öffentlich einsehbar.

Nach Eindämmung der alternativen Stimmen sollte die oben genannte „Informationssicherheit“ bis Mitte Mai erlassen werden. Viele ukrainische Journalisten meinen, es gebe

vor allem um die Verschärfung der Zensur. Denn als angeblich „antiukrainischen“ Inhalte können alle unangenehmen Informationen über die Machthaber in Kiew deklariert werden.

Verbote sind nur eine Seite dieser „Informationssicherheit“. Anfang des Jahres veröffentlichte der „Nationale Rat für Film und Fernsehen“ eine Liste von gut 500 russischen Filmen, die künftig in der Ukraine nicht mehr gezeigt, gesendet oder dorthin importiert werden dürfen.

Ein von Petro Poroschenko erlassenes Gesetz verbietet alle Bücher, die nach seiner Ansicht „antiukrainisch“ sind oder eine „prorussische Sichtweise“ vertreten. Seit Februar gilt in der Ukraine ein totales Einfuhrverbot für ALLE russische Bücher. Auch Privateinfuhr der russischen Bücher, die eventuell in der Ukraine verkauft werden können, ist nun illegal. Mit den in Europa. Im 21. Jahrhundert.



APRIL

01 AG Inklusion

15 bis 18 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

03 Treffen Ortsverband Pieschen

16 Uhr Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 |

05 1917 - Ein Rückblick nach 100 Jahren - Zwischen Revolution und DemokratieMit Wladislaw Hedeler (Historiker)
19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21**06 Neugründung Hochschulgruppe SDS Dresden**

16 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

Basiskonferenz: Wahlkampf 2017

18 Uhr Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 |

Öffentlicher Vorstandsstammtisch OV Plauen

18 Uhr | Cafe B'liebig | Liebigstraße 24

07 Freitags ab 9Infostand der OV Altstadt und Plauen auf dem Lingnermarkt mit prominenten Gästen
9-11 Uhr | Helmut-Schön-Allee**08 Versammlung des Ortsverbandes Pieschen**

10 Uhr Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 |

10 Treffen Ortsverband Neustadt-Loschwitz

16 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str.21

Fraktionssitzung18 Uhr | Beratungsraum 13, 4. Etage
Dresdner Rathaus**11 Stammtisch Prohlis**

18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

12 Stadtratssitzung

16 Uhr | Rathaus | Plenarsaal

AG Wissenschaftlicher Sozialismus (AG WiSo)

18:30 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

14 Freitags ab 9Infostand der OV Altstadt und Plauen auf dem Lingnermarkt mit prominenten Gästen
9-11 Uhr | Helmut-Schön-Allee**18 Reihe Junge ROSA ASYLRECHT in Deutschland – Schlimmer geht immer?**Mit Jörg Eichler und Thomas Hoffmann (Sächsischer Flüchtlingsrat)
18 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21**19 Kritik in der Krise**Vortrag und Diskussion mit Dr. Michael Städtler
18:30 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21**Mitgliederversammlung DIE LINKE. OV Nord**

19 Uhr | Club der Volkssolidarität | Putbuser Weg 18

20 Wie antisemitisch ist die AfD?Vortrag und Diskussion mit Jan Riebe (Amadeo Amado Stiftung)
19 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21**21 Antifaschismus aktuell**Mit Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch
19:30 Uhr | Fraktionsbüro, Raum 205
Dresdner Rathaus**24 Offenes Treffen der BO Hans&Lea Grundig**

17 Uhr | Johannstädter Kulturtreff | Eisenstr 35

Treffen AG Internationales

18 Uhr | Johannstädter Kulturtreff | Eisenstr 35

Bürgersprechstunde der OBR Blasewitz und Beratung des Ortsvorstands18 Uhr | Bürgertreff „Marie“
Breitenauer Str. 17**Öff. Veranstaltung des OV Plauen**Gäste: Sarah Buddeberg und Anton Hörteis
18 Uhr | Volkssolidarität am Nürnberger Ei
Nürnberger Straße 45**26 AG Wissenschaftlicher Sozialismus (AG WiSo)**

18:30 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

27 Öffentliche Stadtvorstandssitzung

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

Wahlkampf

ist Wettschwimmen
im Wasserglas

Janina Niemann-Rich

Haariger Spruch

mit dem IQ eines Affen aus Ghana:
Afghanistan wäre
sicheres Herkunftsland
Bundespolitik affengeil
auf AfD-Wähler

Jürgen Riedel

Lidice GedenkfahrtDie Gedenkveranstaltung zum **75. Jahrestag der Vernichtung von Lidice** findet am **10. Juni 2017** statt.

Der LINKE-Kreisverband Sächsische Schweiz/Ostertagebirge organisiert zur Gedenkveranstaltung gemeinsam mit AkuBiZ und dem VVN-BdA eine Busfahrt ab Pirna über Dresden, an welcher Interessierte aus Dresden gerne teilnehmen können.

Teilnahmegebühr: 10,- €
(Solibeitrag 15,- €)
Informationen unter: kontakt@akubiz.de
oder Telefon **03501-5710090**Wir trauern um unseren
lieben Genossen**Dr. Peter Hannig**

* 02.06.1938 † 10.03.2017

Die Genossen und Genossinnen des
Ortsverbandes Pieschen

Wir trauern um unsere Genossin

Rita-Maria Mund

* 22.11.1925 † 20.01.2017

Wir werden sie für immer in unseren
Erinnerungen behalten.
Die Genossinnen und Genossen des
Ortsamtsbereiches Dresden-Prohlis.**Bibliothek der RLS in der WIR-AG**

Martin-Luther-Str. 21

Öffnungszeiten:

Di + Mi:

10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr

Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

Neu in der Bibliothek:

Christoph Butterwegge:

Armut. Basiswissen Politik / Geschichte
/ Ökonomie, Köln: PapyRossa Verlag,
2016, 132 S.Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Öffnungszeiten des**Roten Renners**, Rudolf-Renner-Str. 49
Telefon: 0351-48298959Dienstag von 12:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch von 14:00 bis 16:30 Uhr
Donnerstag von 13:00 bis 17:00 UhrStammtisch: 1. Donnerstag im Monat,
15:30 Uhr
Vorstand: 2. Mittwoch im Monat,
17:00 Uhr**Sozialberatung im Haus der Begegnung**Mit Rechtsanwalt Johannes Heemann
Kontakt: 0176-24264159Mail: info@kanzlei-sundermann.de
Jeden Mittwoch 17 bis 19 Uhr**KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN**jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore**Termin vergessen?**
Mail an: Linksblatt@web.de**Sehr herzlich zum Geburtstag im März gratulieren wir unseren GenossInnen**Ulrich Albrecht
Matthias Trenkler
Günter Gläser, Altstadt
Kathleen Henze, Altstadt
Heinz Jäckel, Altstadt
Christa Kafka, Altstadt
Sigrid Kammel, Altstadt
Maximilian Kretzschmar, Altstadt
Dirk Kring, Altstadt
Werner Mickel, Altstadt
Gerda Pietzsch, Altstadt
Hans Reuter, Altstadt
Juliana Schielke, Altstadt
Annelies Silbermann, Altstadt
Erika Ullrich, Altstadt
Gisela Bulla, Blasewitz
Vincent Grünberg, Blasewitz
Dr. Birgit Gütersloh, Blasewitz
Ursula Hahn Blasewitz
Kevin Kleebusch, Blasewitz
Ursel Kühn, Blasewitz
Hans Martin, BlasewitzHelga Nowaczyk, Blasewitz
Anna Ruhland, Blasewitz
Lotte Schmeißer, Blasewitz
Ursula Schwaar, Blasewitz
Gertrud Starke, Blasewitz
Friedrich Steinborn, Blasewitz
Dr. Joachim Stüß, Blasewitz
Hannelore Winkler, Blasewitz
Irene Witte, Blasewitz
Ursula Zierz, Blasewitz
Herbert Berger, Leuben
Ursula Berthold, Leuben
Jona Böhme, Leuben
Erika Herbrig, Leuben
Horst Jentsch, Leuben
Peter Ahlfeld, Neustadt
Brigitte Hoffmann, Neustadt
Kathrin Locke, Neustadt
Andreas Malessa, Neustadt
Jenny Munsky, Neustadt
Amelie Schmidt, Neustadt
Alice Schmitz, NeustadtIngrid Böhmer, Nord
Sören Kußmann, Nord
Matthias Schwarz, Nord
Jörg Steglich, Nord
Holm Theinert, Nord
Inge Wächtler, Nord
Janica Beer, Pieschen
Anja Eichhorn, Pieschen
Ute Gelfert, Pieschen
Waltraud Karasek, Pieschen
Bjarne Knöfel, Pieschen
Norman Leyda, Pieschen
Nico Paul, Pieschen
Eva Rüdiger, Pieschen
Sven Wachsmuth, Pieschen
Edeltraud Dreißeig, Plauen
Senta Dörner, Plauen
Dr.-Ing. Bärbel Knöfel, Plauen
Jessica Kubitzka, Plauen
Nico Kühne, Plauen
Erich Lautenbach, Plauen
Willy Martin, PlauenRoland Müller, Plauen
Siegfried Simon, Plauen
Dr. oec. Jan von Kurnatowski, Plauen
Stefan Glasewald, Prohlis
Ralf Peter Krämer, Prohlis
Gerhard Martin, Prohlis
Carmen Michler, Prohlis
Georg Weig, Prohlis
Pascal Zielinski, Prohlis
Silvana Birkigt, West
Katrin Fleischer, West
Erna Freund, West
Ronald Fritzsche, West
Jan Funke, West
Nick Hauskeller, West
Hannelore Klier, West
Erik Matych, West
Ronny Rehm, West
Sebastian Schubert, West
Carsten Tschesche, West

Gesellschaftskritik in der Krise

von Dr. Jürgen Leibiger

Im April starten das Referat politische Bildung des StuRa und die RLS Sachsen eine siebenteilige Reihe zum Thema: Gesellschaftskritik in der Krise. Worum geht es dabei?

In der Weltwirtschaftskrise 2007/2009 konstatierte selbst der gesellschaftstheoretische Mainstream eine grundlegende Krise des Kapitalismus. Neue Krisenausprägungen sind hinzugekommen, alte haben sich verschärft. Die damit eng zusammenhängende wachsende politische Polarisierung und der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen geben Anlass, Ursachen und Wesen der Gesellschaftskrise zu hinterfragen. Dabei bedarf auch die Krise der Kritik selbst, das Fehlen eines Aufschreis kritischer Intellektueller und eines wirksamen Streitens um kulturelle Hegemonie, der Aufarbeitung. Warum fehlen in der Parteienlandschaft wie in den Gewerkschaften bei allem wach-



Foto: pixel2013_pixabay_com_CC0 Public Domain

senden Krisenbewusstsein Positionen, die eine dezidiert linke Kritik am gesellschaftlichen Status Quo verbalisieren? Warum bleibt die Kritik in aktuellen sozialen Bewegungen oft oberflächlich und begriffslos? Wie lassen sich verschiedene Krisenausprägungen auf adäquate Begriffe bringen? Wo kann eine

der gegenwärtigen Krise entsprechende Neubestimmung der theoretischen Grundlagen von Kritik an Klassiker der kritischen Gesellschaftstheorie – von Marx über Gramsci und die Frankfurter Schule bis zu Foucault – anknüpfen und wo sind neue Ansatzpunkte linken Denkens erfordert? Pierre Bourdieu

Symposium für Fritz Schulze

Gemeinsam mit dem VVN/BdA organisieren die GenossInnen des Ortsverbands Plauen ein Symposium

Am 07.06.2017 findet anlässlich des 75. Todestags der antifaschistischen Widerstandskämpfer ein Gedenk-Symposium im Ratssaal des Rathauses Dresden-Plauen mit anschließender Kranzniederlegung am „Hohen Stein“ statt.

Herbert Bochow, geboren 1906 in Geberstadt/Hessen, Schriftsteller, ermordet am 05. Juni 1942 in Berlin-Plötzensee

Alfred Hensel, geboren 1895 in Dresden, Melker, ermordet am 05. Juni 1942 in Berlin Plötzensee

Fritz Schulze, geboren 1903 in Leipzig, Kunstmaler - ermordet am 05. Juni 1942 in Berlin-Plötzensee

Karl Stein, geboren am 30.01.02 in Dresden, Elektriker



In Steine können unsere Gedanken nicht eindringen, auch nicht in Gedenksteine. Nur in den Stein gearbeitete Mitteilungen sind uns zugänglich und sie regen auch nur die wissend Betrachtenden an. Dazu wollen wir beitragen, indem wir, die VVN/BdA unterstützend, nach einem Gedankenaustausch im Ratssaal des Rathauses unseres Ortes am Gedenkstein am „Hohen Stein“ Blumen niederlegen.

Unser Anliegen:

Auf antifaschistische Standhaftigkeit ehrend zurückblicken und humanistische Grundüberzeugungen weitertragen und beleben.

Gern nehmen wir Hilfe an, im Besonderen bei der inhaltlichen Gestaltung des Symposiums.

Ortsbeirat Waldemar Peine ist Mitglied in der Arbeitsgruppe „Hoher Stein“

CubaSi informiert

von Marlies Grünzig und Ursula Zierz

Nach langjährigen und vielfältigen Gesprächen mit Aktiven und SympathisantInnen der Kuba-Arbeit ist es mir gelungen, zwei neue und vor allem jüngere Mitglieder für unsere AG zu gewinnen. Gen. Marlies Grünzig erklärte sich bereit, ab Februar die Leitung der AG zu übernehmen. Ich bedanke mich für das Engagement, da auf Grund der Altersstruktur und Gesundheit unserer Mitglieder der Fortbestand der AG bedroht war. Marlies und Andreas, wir wünschen Euch viel Kraft, Freude und Optimismus, damit die kommende Arbeit so erfolgreich fortgesetzt werden kann. Alle Mitglieder der AG würden sich sehr freuen, wenn dem Beispiel gerade junge Linke folgen würden, da die Solidarität unter den Völkern die Voraussetzung ist, dass „eine andere Welt möglich wird“ (Fidel). Alle LeserInnen und KubaaktivistInnen, bitten

wir auf diesem Wege auch weiterhin um finanzielle Unterstützung zur Absicherung unserer Dresdner Fahrradprojekte, da diese Fahrräder wesentlich zur schnelleren Bewältigung des Alltags der kub. Familien unserer Cuba Si-Landwirtschaftsprojekte dient.

Unsere nächsten Vorhaben

Wir laden alle solidarischen Menschen am 1. Mai auf den Alaunpatz zum Besuch an unseren Solidaritätsstand ein. Für Infos, gute Laune mit Mojito-Ausgang, der kostenlosen Ausgabe der Jungen Welt ist gesorgt. Für den 30. Mai um 18 Uhr laden wir Euch alle ins HdB zu unseren nächsten Kuba-Veranstaltung mit dem Thema: „Bleibt Fidels Vision auch weiterhin im Fokus der kubanischen Gesellschaft? Wir berichten und diskutieren über interessante gesell-

schaftliche Veränderungen, touristische- und Workshop-Erlebnissen unserer Mitglieder. Genosse Uli Reinsch sorgt mit altbekannten Liedern für musikalische Umrahmung. Mojito und div. Getränke runden das Ganze ab. Am 01.06.017 findet die nächste Sachspendenaktion ab 10 Uhr im HdB statt. Dringend benötigt werden jede Menge neu oder gut erhaltene Werkzeuge, Nägel, Schrauben usw. (sortiert), Bettwäsche und Handtücher, Schulmaterialien, Hygieneartikel. K E I N E Arbeitsschuhe mehr!!!

Und zum Schluss eine Information zu Kuba: Die Insel war Gastgeber der karibischen Konferenz. Am 8. März fand die Erste Kooperationskonferenz des Verbandes karibischer Staaten (AEC) statt, an der Gäste internationaler Organisationen und Länder teilnahmen.

hatte eine „ökonomische Alphabetisierungskampagne“ gefordert. Diese tut dem sozialwissenschaftlichen Denken, dass die Reflexion auf die strukturellen Bedingungen vieler sozialer Phänomene in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen oft über Bord geworfen hat, heute ebenso Not, wie eine sozialwissenschaftliche Alphabetisierung der Ökonomie erfordert wäre, um ‚Marktgeseetze‘ nicht als unabwendbare Naturgesetze zu begreifen, sondern als Ausdruck, historisch gewordener und damit veränderbarer gesellschaftlicher Verhältnisse. Krisen sind immer auch der Beginn von etwas Neuem und können als Chancen und Aufbruchssignale wirken. Ob und wie solche Chancen in konkreten gesellschaftlichen Kämpfen genutzt oder verspielt werden hängt nicht zuletzt von den Fähigkeiten zur Reflexion auf die Ursachen und Wirkungszusammenhänge der Krisen und auf die möglichen Bedingungen anderer Formen der Vergesellschaftung ab.



Plakat des DGB Berlin, um 1958

© Deutsches Historisches Museum, Berlin

Held/in der Arbeit, aufgepasst!

Wir suchen Deine Erfahrung und Deine Vorstellung vom guten und richtigen Leben! Was ist Arbeit und was ist keine; wieviele Stunden möchtest Du womit verbringen und womit nicht - zum Erwerb oder als brotlose Kunst oder auch zur Reproduktion? Schreib uns Deine Meinung per Brief, Mail, via twitter oder in facebook oder ruf' an: Dann wirst Du Teil unserer Mai-Ausgabe sein, wir sind sehr gespannt! Einsendeschluss ist der 18. April 2017. Linksblatt@web.de; Tel.: 4882815

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE, Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Katja Kipping, Silvio Lang, Martin Schirdewan, Jens Matthis, Kristin Hofmann, Magnus Hecht, Martin Hilbig, Franziska Feist, Marlies Grünzig, Ursula Zierz, Ruslan Yavorski, Björn Reichel, Dr. Margot Gaitzsch, Dr. Jürgen Leibiger, Paul Hölsler
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare



Umgangsmehrbedarf für Kinder und Eltern jetzt!

von Katja Kipping

Wir Linke wollen, dass alle Kinder einen guten Start ins Leben haben und frei von Armut groß werden können. Deshalb streiten wir für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen, den Ausbau der sozialen Angebote und Kitas für Kinder, ordentliche Bezahlung von Erwerbsarbeit der Eltern und eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro monatlich. Eine sofort mögliche politische Maßnahme wäre, die Situation von Kindern zu verbessern, deren Eltern getrennt leben und die beide auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Es geht um den Umgangsmehrbedarf. Den fordern mit uns viele Verbände.



Foto: sillilein74 / pixelio.de

Die aktuelle Praxis sieht vor, dass diese Kinder, wie alle anderen Kinder in Hartz IV, den Kinderregelsatz bekommen. Wenn beide Elternteile getrennt leben, muss der aber aufgeteilt werden. Wie soll das aber in der Praxis gehen? Versetzen wir uns in die Situation von Menschen, die sowieso jeden Euro umdrehen müssen und deren emotionale Situation womöglich angespannt ist: Diese Menschen sollen dann auch noch den geringen Regelsatz der Kinder aufteilen? Bürokraten haben vorgeschlagen, dass die Eltern genau dokumentieren sollen, bei wem das Kind welche Mahlzeit einnimmt. Das ist doch total wirklichkeitsfremd! Wenn Klein-Lotta abends beim Vater eine Käsestulle isst, aber nach der Busfahrt zu Hause bei

der Mutter sagt: „Du, ich habe schon wieder Hunger“, dann sagt doch keine Mutter: „Tut mir leid, der Anteil für das Abendbrot ist schon von deinem Vater verbraucht worden.“ Die Bedürfnisse von Kindern richten sich nicht nach den kleinkarierten Berechnungen von Bürokraten. Es ist also höchste Zeit für einen Umgangsmehrbedarf.

Getrennt lebt es sich teurer

Wenn die Eltern getrennt leben und die Kinder zu beiden Elternteilen Kontakt haben, fallen eben Mehrkosten an. Erstens fallen höhere Fahrt- und Kommunikationskosten an. Zweitens gibt es fixe Kosten wie Versicherungs- und Vereinsbeiträge; außerdem sind Ansparungen

für Haushaltsgeräte nötig. All diese Kosten fallen nicht weg, nur weil das Kind gerade beim Vater bzw. bei der Mutter ist. Drittens: Wer den Alltag mit Kindern erlebt, weiß, dass man bei ihnen auf alle Eventualitäten und auch Witterungsbedingungen eingestellt sein muss. Bei Regen braucht man Gummistiefel, weil Kinder gerne in Pfützen springen. Zwei Paar Gummistiefel sind im einfachen Kinderregelsatz nicht drin. Das heißt, man muss jedes Mal, wenn das Kind zum Papa fährt, die Gummistiefel einpacken. Man braucht auch eine Matschhose, einen Regenmantel, eine Badehose, Turnschuhe, wenn das Kind in der Freizeit baden oder kicken will - und eine Wärmflasche, wenn es Bauchschmerzen hat. Der Rucksack, den man dem Kind

jedes Mal mitgibt, muss wirklich groß sein. Wie groß soll denn, bitte schön, der Rucksack sein, der den Kindern jedes Mal aufgeladen werden muss, wenn diese zum anderen Elternteil fahren? Kinder, deren Eltern getrennt leben und arm sind, haben schon ein großes Päckchen durch das Leben zu tragen.

Dass das Geld für den Umgangsmehrbedarf da ist, zeigt die Debatte um mehr Rüstungsausgaben. Herr Schäuble sagte großzügig, da sei schon was möglich. Es sollen Milliarden Euro mehr für Panzer drin sein, aber rund 100 Euro im Monat für Kinder nicht? Ich sage: Geld ausgeben für das gute Leben von allen Kindern und Jugendlichen statt für Waffen und Kriegsspiele!

Wieviel Ökologie braucht die Sozialpolitik?

„Es geht um die Kohle“ berichtete Uta Gensichen in der vorigen Ausgabe (03-17) von der sozialökologischen Konferenz in Essen Ende Januar 2017. Margot Gaitzsch schildert nun weitere Aspekte ökologischer Nachhaltigkeit

von Dr. Margot Gaitzsch

Eröffnet wurde die Konferenz mit einem sehr interessanten Vortrag von Professor Hans Joachim Schellnhube. Auch wenn nicht alles neu war, so wurde von ihm sehr plastisch die Verknüpfung von Ökologie und Sozialem dargestellt. Ausgehend von der sozialen Ungerechtigkeit, dass acht Männer der Welt genau so viel Vermögen haben, wie acht Milliarden Menschen, machte er in seinem Vortrag den systematischen Anstieg der CO₂-Konzentration auf der Welt sehr anschaulich bewusst. Beginnend mit der Industrialisierung in Europa bis zum heutigen Datum wird unsere Erde nahezu von der CO₂-Produktion aufgepfiffen, was unter anderem den weltweiten Temperaturanstieg um 1,26 °C zur Folge hat. Damit ist die Gefahr realistisch, dass das Meereis als System zerstört wird, darin gebundener Stickstoff entweicht in die Atmosphäre und große Landflächen werden überflutet. Die Fjorde Norwegens verschwinden von der Landkarte und die Regionen der deutschen Nordseeküsten sind von Überflutungen und Sturmfluten stärker beeinträchtigt als die der Ostsee. Die Frage nach der „reinen Sozialpolitik“ stellt sich nicht mehr, wenn die Menschen keine Lebensgrundlage mehr haben. Diese Situation macht



Alte Stromfresser werden entsorgt

Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

deutlich, dass es um mehr als um „Stühlerücken auf der Titanic“ gehen muss.

Energieeffizienz und Nachhaltigkeit im Haushalt

Einen interessanten Ansatz stellte Michael Kopatz vor. Er engagiert sich für die Änderung von Standards und Limits. Ökoroütinen schaffen mehr Gleichheit für alle Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Entscheidung für den Klimaschutz trifft nicht erst der Mensch beim Einkauf, sondern sie wird bereits in der Produktion getroffen. Als Beispiele können hier die Kühlschränke mit Effizienzklasse A gelten. Es gibt kaum noch andere im Verkauf. Leider stehen die alten Kühlschränke und Kühltruhen mit deut-

lich schlechterem, sprich höherem Verbrauch, noch viel zu häufig als Zweitergerät im Keller oder in der Gartenlaube. Damit ist der Gewinn nur ein scheinbarer: Das Gegenteil ist der Fall: Ein Stromfresser wird nicht ersetzt, sondern durch einen zweiten ergänzt. Wir sind als Verbraucher immer noch gefragt. Ziviler Ungehorsam bleibt ein wichtiger Faktor.

Umweltsünder Auto. Weg vom Auto als Umweltverschmutzer heißt nicht nur, dass es um neue Antriebstechnologien geht. Ich persönlich halte hier das Elektroauto für eine Sackgasse. Effizienter ist hier die Hybridtechnologie. Viel wichtiger ist in diesem Bereich und das ist schon lange ein LINKES Thema, dass es Alternativen geben muss. Der

öffentliche Verkehr darf nicht weiter zurückgebaut werden. Dörfliche Gemeinden müssen wieder an das öffentliche Netz angeschlossen werden. Der ÖPNV muss überall – Dresden ist da ein sehr gutes Beispiel – gut ausgebaut werden und bezahlbar bleiben. Ergänzt durch ein befahrbares Fahrradwegenetz kann die CO₂- und Feinstaubbelastung weiter abgebaut werden. Mit dem Fahrradkonzept und der Personalstellen für den Fahrradverkehr hat die rot-grün-rote Kooperation in Dresden hier gute Voraussetzungen geschaffen.

Vegetarische Ernährung bleibt eines der umstrittensten Themen. Befürworter kommen aus dem Bereich der Medizin, der Kritiker von Monokulturen und der Energieeffizienz. Proteste kamen von Bauernverbänden. Es gab kontroverse Diskussionen zu kleineren und größeren Landwirtschaftsbetrieben in Abhängigkeit zu bestehenden Traditionen. Einigkeit herrschte dagegen darüber, Futtermittelimporte zu stoppen, den Einsatz von Antibiotika und Wachstumshormonen abzubauen bis unmöglich zu machen (vgl. Standards). Es wurde in diesem Bereich besonders deutlich: Ökologischer Umbau geht nur gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern!